

Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Beirates Hemelingen

Sitzungstag: 08.03.2018 Sitzungsbeginn: 19:00 Uhr Sitzungsende: 22:20 Uhr Sitzungsort: Bürgerhaus Hemelingen
Großer Saal

Anwesend:

Vom Ortsamt

Herr Jörn Hermening
Frau Silke Lüerssen

Vom Beirat

Herr Ralf Bohr
Herr Heinz Hoffhenke
Herr Hans-Peter Hölscher
Her Uwe Jahn
Frau Christa Komar
Frau Birgit Löhmann
Frau Christa Nalazek
Herr Ferhat Özel
Herr Johann Oppermann
Herr Norbert Schepers
Herr Gerhard-Wilhelm Scherer
Frau Hannelore Sengstake
Herr Ingo Tebje
Herr Joachim Torka
Frau Susanne Yström

Referent*innen und Gäste:

Herr Burckhard Radtke (Senatorin für Kinder und Bildung)
Herr Marco Lübke, Herr Sükrü Senkal, Frau Kai-Lena Wargalla, Frau Miriam Strunge (alle Mitglieder der Bremischen Bürgerschaft)
Herr Jörg Meier (Polizei Bremen)
Herr Immo Wischhusen (Veranstalter der Kompletten Palette)
Herr Andreas Dömel (swb AG)

sowie interessierte Bürger*innen

TOP 1: Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 08.02.2018 und Rückmeldungen

TOP 2: Fragen, Wünsche, Anregungen in Stadtteilangelegenheiten

TOP 3: Bericht der Senatorin für Kinder und Bildung zu den unversorgten Kindern des Kindergartenjahres 2017/2018

TOP 4: Freiluftpartys

hier: Änderung des Ortsgesetzes über nicht kommerzielle spontane Freiluftpartys

TOP 5: Die Komplette Palette 2018

hier: Vorstellung der Planungen

TOP 6: Zukunft des Heizkraftwerkes Hastedt

TOP 7: Globalmittelvergabe

TOP 8: Beiratsverschiedenes

Herr Hermening begrüßt die Anwesenden. Sodann lässt er über den mit der Einladung versandten Vorschlag zur Tagesordnung abstimmen. Dieser wird einstimmig als Tagesordnung genehmigt.

TOP 1 Genehmigung der Niederschrift vom 08.02.2018 und Rückmeldungen

Das Protokoll der Niederschrift der Sitzung vom 08.02.2018 liegt nicht vor.

Rückmeldungen auf Bürgeranfragen

Herr Hermening teilt mit, dass

- die Bürgervorschläge aus der Beiratssitzung vom 11.01.2018 bzgl. der Erhöhung der Verkehrssicherheit für Radfahrer*innen in der Hemelinger Heerstraße und der Entwidmung des Radweges an der Hemelinger Heerstraße noch im Fachausschuss „Bau und Verkehr“ beraten werden müssen.
- auf eine Anfrage des Beirates zum Stadtteilbudget bzgl. der Verkehrssituation in der Hemelinger Heerstraße Ecke Marschstraße eine Rückmeldung des Amtes für Straßen und Verkehr (ASV) vorliege, die Beratung in den Fraktionen aufgrund der Höhe der entstehenden Kosten bei Umsetzung noch nicht abgeschlossen sei.
- Sanierung Radweg Hermann-Osterloh-Straße
Unterlagen sind dem ASV übergeben worden. Die Maßnahme war aus Sicht des ASV notwendig, bezahlt worden ist diese aus Mitteln, die nur für Radwegesanierung verwendet werden dürfen. Die Verkehrssicherheit war vor der Sanierung nicht mehr gegeben
- Sanierung Bahnstrecken
das bisher das nicht in Erfahrung gebracht werden konnte; wird in der April-Sitzung nachgereicht
- auf die Anfrage des Ortsamtes nach einem Durchfahrtsverbot für LKW in der Bennigsenstraße noch keine Rückmeldung des ASV erfolgt sei

Rückmeldungen auf Beiratsbeschlüsse

Es liegen keine neuen Rückmeldungen auf Beiratsbeschlüsse vor.

TOP 2 Fragen, Wünsche, Anregungen in Stadtteilangelegenheiten

Herr Dennhardt (Bürger) bittet um Mitteilung eines Sachstandes zum noch immer fehlenden Piktogramm in der Glockenstraße, um Bekanntgabe des Termins der vom Beirat beschlossenen Planungskonferenz „Diedrich-Wilkens-Straße“ und fordert eine unabhängige Überprüfung des Geruchsgutachtens „Diedrich-Wilkens-Straße.“ Herr Hermening antwortet, dass die Markierung des Piktogramms in der Glockenstraße aus witterungsbedingten Gründen noch nicht erfolgt sei und der Termin für die Planungskonferenz noch im Beirat abgesprochen werden müsse. Die Forderung von Herrn Dennhardt nach Überprüfung des

Geruchsgutachtens „Diedrich-Wilkens-Straße“ wird vom Beirat aufgenommen und muss im Bauausschuss diskutiert werden.

Ein Bürger teilt mit, dass am Mahndorfer See Bäume gefällt worden seien und fragt nach Ausgleichspflanzungen. Das Ortsamt wird beim Umweltbetrieb Bremen nachfragen und Rückmeldung geben.

Herr Seekamp (Bürger) beschwert sich, dass die gelben Säcke am 28.02.2018 in der Brauerstraße nicht abgeholt worden seien, die Verkehrszeichen der Querungshilfe Hastedter Osterdeich Höhe Inselstraße bereits dreimal umgefahren wurden und es auf dem Osterdeich Höhe Fährstraße zu Staus komme. Herr Hermening antwortet, dass das Ortsamt bereits um Stellungnahme bei der für die Abholung der gelben Säcke zuständigen Firma nachgefragt, aber noch keine Antwort erhalten habe. Er ergänzt, dass noch eine Markierung bei den Querungshilfen erfolgen solle - dies sei aus witterungsbedingten Gründen bisher noch nicht erfolgt. Die Beschreibung der Verkehrssituation auf dem Osterdeich Höhe Fährstraße werde vom Ortsamt an das Polizeirevier Hemelingen mit der Bitte um Stellungnahme weitergeben.

Herr Marzahn (Bürger) merkt an, dass der Projektausschuss „Wohnen in Nachbarschaften“ (WiN) des Beirates darauf achten solle, dass die Projektmittel nicht nach dem „Gießkannenprinzip“ verteilt werden. Herr Jahn antwortet, dass von der WiN-Managerin die Förderfähigkeit geprüft werde und in den WiN-Foren Bürger*innen, die im Fördergebiet wohnen, über die Vergabe mitentscheiden.

TOP 3: Bericht der Senatorin für Kinder und Bildung zu den unversorgten Kindern des Kindergartenjahres 2017/2018

Herr Radtke stellt anhand einer Präsentation (s. Anlage 1) die derzeitige Versorgungssituation vor und weist darauf hin, dass es sich hierbei um tagesaktuelle Zahlen handele. Hinsichtlich der räumlichen Möglichkeiten prüfe Immobilien Bremen derzeit vorhandene Mobilbauten. Morgen soll dazu ein Gespräch mit Vertretern des Sozialressorts bzgl. der Nutzung / Umwidmung von „Flüchtlingscontainern“ stattfinden. Bei der Nutzung des Geländes „Beim Sattelhof“ sei die Frage, welcher Träger die dortige Betreuung übernehmen werde in Klärung. Auf die Nachfrage eines Bürgers nach der personellen Ausstattung, antwortet Herr Radtke, dass es verschiedene Planungen gebe (normale Ausbildungslehrgänge, besondere Maßnahmen, die Berufsgruppen mit ähnlichen Qualifikationen einbringen sowie um Werbung im Umland nach Personal).

Herr Scherer ergänzt, dass bei dem geplanten Standort „Beim Sattelhof“ u.a. auch die anliegenden Nachbarschaften „ins Boot geholt werden müssen“. Ein Standort für Kinderbetreuung bringe immer auch vermehrte Kfz-Verkehre mit sich. Herr Radtke nimmt diesen Hinweis auf und teilt mit, dass seine Behörde die Anlieger*innen informieren werde.

Auf Nachfrage von Frau Komar teilt Herr Radtke mit, dass an Träger, die mitgeteilt haben, dass die fachlichen Voraussetzungen für die Aufnahme des sog. 21. Kind vorliegen würden, auch eine diesbzgl. Vermittlung stattfinden soll.

Herr Bohr verliest den am 11.01.2018 vom Beirat gefassten Beschluss:

Der Beirat Hemelingen fordert die Senatorin für Kinder und Bildung auf, für die sofortige Betreuung der bisher mit Kita-Plätzen unversorgten Kinder im U3- und Ü3-Bereich in Hemelingen zu sorgen. Weiterhin wird eine Prüfung zur Aufstellung von Containern zum 01.08.2018 gefordert, falls eine Eröffnung der in Planung befindlichen Kitas in der Auguste-Bosse-Straße, Grete-Stein-Straße sowie Diedrich-Wilkens-Straße zum neuen Kindergartenjahr 2018 / 2019 nicht realisiert wird.

Er fragt nach konkreten Maßnahmen. Herr Radtke verweist auf seine bisherigen Ausführungen. Auf die Frage von Herrn Tebje, nach dem Prüfauftrag den Herr Radtke bzgl.

einer Zwischennutzung für Kinderbetreuung in der Christernstraße erhalten habe, antwortet Herr Radtke, dass eine abschließende Klärung noch nicht erfolgt sei. Die Frage von Herrn Tebje, ob Kinder, die bisher unversorgt seien, auch einen Anspruch haben, als erstes mit einem Kindergartenplatz versorgt zu werden, wird von Herrn Radtke verneint. Er ergänzt, dass die Einrichtungen die Auswahlentscheidungen treffen.

Herr Schepers merkt an, dass man ein Augenmerk auf Eltern haben müsse, die sich nicht wieder melden würden. Der Beirat solle überlegen, welche Formen von Unterstützung möglich seien. Frau Komar ergänzt, dass die Betreuungsplätze wohnortnah sein müssen und den Eltern „die Angst genommen werden müsse, sich an einen Rechtsanwalt zu wenden, um den Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz einzuklagen“.

Auf die Frage einer Bürgerin, ob Herr Radtke die Höhe der Kosten benennen könne, die bisher der Stadt Bremen entstanden sind, wenn Eltern ihren Rechtsanspruch gerichtlich durchsetzen müssen, antwortet Herr Radtke, dass ihm dies nicht bekannt sei.

Herr Hermening stellt den nachfolgenden Antrag zur Abstimmung:

Der Beirat Hemelingen fordert die Senatorin für Kinder und Bildung auf, für die sofortige Betreuung der bisher mit Kita-Plätzen unversorgten Kinder im U3- und Ü3-Bereich in Hemelingen zu sorgen.

*Weiterhin soll eine diesbzgl Rückmeldung von der Senatorin für Kinder und Bildung auf der Beiratssitzung am Donnerstag, den 03. Mai erfolgen. Ferner sollen Vertreter*innen des Senators für Umwelt, Bau und Verkehr sowie Immobilien Bremen zu dieser Sitzung eingeladen werden.*

Abstimmungsergebnis: Zustimmung (15 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen)

TOP 4: Freiluftpartys

hier: Änderung des Ortsgesetzes über nicht kommerzielle spontane Freiluftpartys

Herr Senkal teilt einleitend mit, dass mit dem vor ca. drei Jahren verabschiedeten Ortsgesetzes über nicht kommerzielle spontane Freiluftpartys ein Kompromiss gefunden worden sei. Das Ortsgesetz sei nunmehr evaluiert worden, die Bürgerschaft habe sich in zwei öffentlichen Anhörungen mit den Änderungen beschäftigt. Die bisherige Personenzahl von 300 sei herausgenommen worden, da die Begrenzung keinen Sinn mache. Die Polizei zähle bei den Veranstaltungen die Personen nicht durch – sie reagiere auf Anrufe wg. Lärmbelästigung. Inhaltlich gehe es um Ruhestörung.

Herr Scherer teilt mit, dass er nicht verstehen könne, dass es keine Personenbegrenzung mehr gebe. Im Internet werde zu diesen Partys aufgerufen und „wenn es zu spät ist, wird die Polizei gerufen.“ Die Begrenzung der Personenanzahl solle daher im Gesetz bleiben. Er betont, dass so „Tür und Tor geöffnet werden“. Herr Hoffhenke ergänzt, dass auch er die Begründung nicht nachvollziehen könne. Es müsse auch berücksichtigt werden, dass verschiedene Gruppen aufeinander treffen könnten. Er stellt die Frage „wie die Polizei diese Situationen auflösen könne“ und ergänzt, dass so auch theoretisch 10.000 Menschen zusammen kommen könnten.

Frau Wargalla teilt mit, dass sie den Beschluss des Beirates erhalten habe, der „ihr das Herz gebrochen habe“. Der Prozess, der zu einer Änderung des Ortsgesetzes geführt habe, sei etwas Besonderes gewesen. Alle Beteiligten seien mit Offenheit zusammengekommen. Die Aufhebung der Personengrenze sei keine Erhöhung, sondern eine Anpassung an die Realität. Die Teilnehmer*innen einer Freiluftparty erhalten die Informationen gewöhnlich über Mundpropaganda – Werbung in den sozialen Medien oder Flyer seien weiterhin nicht erlaubt.

Da es sich um spontane Freiluftpartys handele, seien Zweifel unberechtigt. Die Erhöhung der Partys von 5 auf 7 komme allen zu gute. Eine Fläche, die gut geeignet sei, könne so öfters genutzt werden, andere dafür weniger. Sie ergänzt, dass die Kollektive in Ruhe feiern wollen - die Praxis werde sich nicht verändern. Der Beirat habe immer noch die Möglichkeit Flächen zu sperren.

Herr Lübke teilt mit, dass er mit dem Ortsgesetz grundlegende Probleme habe. Er findet auch die vorherige Begrenzung auf 300 zu hoch und habe Bedenken bzgl. des Jugendschutzes wg. Bierausschank. Dies sei im Übrigen auch kommerziell. Ferner habe er „Sauberkeitsbedenken“ wg. wildem Urinieren. Auf jeder zweiten Sitzung werde über Lärm diskutiert; man solle nicht zwischen „guten und schlechten“ Lärm unterscheiden. Mit dem Beirat hätte man nach Flächen suchen können. Man müsse auch an die Bürger*innen denken, die Ruhe und Sauberkeit in ihrem Stadtteil wollen.

Frau Strunge teilt mit, dass das Ortsgesetz evaluiert wurde und verweist auf das Protokoll der Sitzung der Deputation für Inneres am 23.11.2017 (s. Anlage 2). 9 Partys haben stadtweit stattgefunden. Auf Lärmeschwerden müsse die Polizei reagieren, dabei sei es unerheblich, ob 50 oder 300 Leute feiern. Die Polizei habe so direkte Ansprechpartner*innen. Eine Auflösung der Partys sei in keinem Fall notwendig gewesen. Man müsse nicht die einzelnen Änderungen ansehen sondern alles in einem Kontext betrachten. Sie ergänzt, dass nicht alle Beiräte so kooperativ wie der Beirat Hemelingen seien. In einigen Beiratsgebieten wurden keine Flächen „freigeben“. Sie erklärt, dass deshalb die Anzahl geringfügig (von 5 auf 7) erhöht worden sei.

Herr Meier teilt mit, dass eine Zahl nichts über eine praktische Relevanz aussage. Eine Obergrenze suggeriere Sicherheit. Die Veranstalter*innen seien alle kooperativ gewesen, es habe keine Straf- oder Ordnungswidrigkeitsverfahren gegeben. Die Polizei sei nicht originär verantwortlich. Sie werde tätig, wenn es zu Beschwerden komme. Im Nachhinein schauen sich die Kollegen aus den Revieren die Flächen an auf denen gefeiert wurde. Trotz der bisher unproblematischen Partys spiele die Polizei aber auch den „Ernstfall“ durch; sie stelle Überlegungen an, was passieren könnte. Denn dann sei die Polizei die erste Stelle, die befragt werde, wenn etwas passiert und wie man das hätte verhindern können. Er macht deutlich, dass die Polizei bei Vorfällen oder größeren Auseinandersetzungen zunächst nicht mit vielen Beamten vor Ort sein könne. „Wir reden hier von ein paar Streifenwagen, und dann spielt es sehr wohl eine Rolle, ob es 20 oder 200 Feiernde sind.“

Herr Bohr teilt mit, dass das Freizeitverhalten sich verändert habe. Seine Befürchtungen seien durch die Ausführungen größtenteils entkräftet worden. Herr Oppermann ergänzt, dass das Gesetz von einem Idealzustand ausgehe; er plädiere für mehr Vertrauen in die jungen Leute. Kritisch sei anzumerken, dass der Beirat im Vorfeld nicht ausreichend über die Änderungen informiert worden sei.

Herr Jahn teilt mit, dass es mit dem Gesetz klare Ansprechpartner und Regelungen gebe - insgesamt sei es ein Gewinn. Unverständlich sei, dass andere Beiräte zum Teil sämtliche Flächen ausgeschlossen haben und damit „andere zusätzlich belasten“.

Herr Bohr stellt für seine Fraktion den Antrag, den Beschluss des Beirates vom 07.12.2017 aufzuheben. Herr Jahn regt hingegen an, die Situation zunächst zu beobachten.

Herr Hermening lässt über den Antrag auf Aufhebung abstimmen.

Abstimmungsergebnis: Der Antrag wird abgelehnt (5 Ja-Stimmen, 9 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen). Herr Scherer war zum Zeitpunkt der Abstimmung nicht im Sitzungssaal.

TOP 5: Die Komplette Palette 2018

hier: Vorstellung der Planungen

Herr Wischhusen stellt die Planungen vor (s. Anlage 3). Weitere Details könne er derzeit nicht vorstellen.

Herr Hoffhenke merkt an, dass Herr Wischhusen in diesem Jahr fünf Veranstaltungen (länger als 22:00 Uhr) plane; letztes Jahr seien es lediglich drei (länger als 22:00 Uhr) gewesen. Herr Hohenstein (Wassersport-Verein Hemelingen e. V.) teilt mit, dass es „nicht so schlimm wie befürchtet gewesen sei. Mitglieder des Wassersport-Verein haben auch geholfen.“ Auf seine Frage nach der Zuwegung und der Ausrichtung der Lautsprecher, antwortet Herr Wischhusen, dass wg. der Zuwegung in Zusammenarbeit mit Vertreter*innen des Senators für Umwelt, Bau und Verkehr, des Deichverbandes und der ZwischenZeitZentrale an einer Lösung gearbeitet werde. Bzgl. der Ausrichtung der Lautsprecher verweist er auf das von ihm im letzten Jahr vorgelegte Schallgutachten. Herr Bohr merkt an, dass es bei Westwind Auswirkungen Richtung Wohnbebauung gegeben habe und fragt nach, ob die Boxen dann evtl. in eine andere Richtung ausgerichtet werden könnten. Herr Wischhusen antwortet, dass Schall nicht auf Wasser gerichtet werden sollte, da dieser dort „schwer einzufangen sei.“

Herr Judel (Wassersport-Verein Hemelingen e. V.) teilt mit, dass einige „Flurschäden“ immer noch nicht behoben seien. Herr Wischhusen antwortet, dass am 24.03.2018 ein Bagger erwartet werde, um u. a. die entstandene Senke dichtzuschütten.

Herr Hermening schlägt vor, dass die Fraktionen zunächst beraten sollen und das Ortsamt das Beratungsergebnis der Fraktionen bekanntgeben werde. Vor der Sommerpause plane der Beirat eine Planungskonferenz zur Entwicklung des Hafengebietes für die dauerhafte Nutzung des Bereiches von Marina Oberweser, Zum Schlut, Hemelinger See, Sporthafen, Hemelinger Sand bis zum Allerhafen. Diese könnte, wenn der Wassersportverein eine Möglichkeit dafür sehe, in dessen Vereinsheim stattfinden. Die anwesenden Vorstandmitglieder signalisieren dazu Zustimmung.

TOP 6 Zukunft des Heizkraftwerkes Hastedt

Herr Dömel stellt anhand einer Präsentation (s. Anlage 4) die getätigten Investitionen vor und gibt einen Ausblick auf Planungen der swb bzgl. des Heizkraftwerkes. Das Kraftwerk Hastedt werde weiterhin ein wichtiger Bestandteil der Fernwärmeversorgung bleiben. Abschließend lädt er den Beirat zu einem Vorort-Termin ein.

TOP 7 Globalmittelvergabe

Herr Hermening teilt mit, dass die Vergabe der Globalmittel in den Fraktionen beraten worden sei (s. Anlage 5). Er schlage für die Abstimmung der Anträge Nr. 8 Stadtteilstiftung, 7. Hemelinger Bürgerbrunch und Nr. 42 Verein zur Förderung alternativer Schulprojekte e. V., Projekt Nestschaukel getrennte Abstimmung vor - der Rest könnte en bloc erfolgen, wobei beim Antrag Nr. 14 Ortsteilfest Sebaldsbrück Herr Hoffhenke und beim Antrag Nr. 17 Kommunalpolitische Arbeitsgemeinschaft Arbergen Herr Hölscher nicht an der Abstimmung teilnehmen werden. Der Beirat ist mit dieser Vorgehensweise einverstanden.

Herr Hermening lässt zunächst über die Empfehlung des Antrages Nr. 8 der Stadtteilstiftung i. H. v. 2.500,00 € abstimmen. Abstimmungsergebnis: Zustimmung (12 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen, 1 Enthaltung). Eine weitere Empfehlung kommt aufgrund des Abstimmungsergebnisses nicht mehr zur Abstimmung.

Herr Hermening lässt über die Empfehlung den Antrages Nr. 42 abzulehnen abstimmen. Abstimmungsergebnis: Zustimmung (7 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimmen, 1 Enthaltung). Damit spricht sich der Beirat gegen eine Förderung aus.

Eine weitere Empfehlung kommt aufgrund des Abstimmungsergebnisses nicht mehr zur Abstimmung.

Die restlichen Anträge werden en bloc (mit den oben genannten Einschränkungen) abgestimmt. Abstimmungsergebnis: Zustimmung (12 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 1 Enthaltung, wie oben benannt haben einige Beiratsmitglieder nicht an der Abstimmung teilgenommen).

TOP 8: Beiratsverschiedenes

Nächste Sitzung des Beirates

Herr Hermening teilt mit, dass die nächste Sitzung des Beirates am Donnerstag, den 12. April 2018 um 19:00 Uhr im Bürgerhaus Hemelingen, Großer Saal (Anbau), Godehardstraße 4, 28309 Bremen u. a mit den Themen „ÖPNV-Anbindung Hansalinie“, „ÖPNV Unterversorgung Mahndorf“ sowie Bahnlärm – Vorstellung des Gutachtens und des neuen Bahnlärmbeauftragten stattfinden soll. Weiterhin soll auf der Sitzung des Beirates am Donnerstag, den 21. Juni 2018 u. a. das Thema „Grundwasserbelastung in Hemelingen“ behandelt werden.

gez. Hermening
Vorsitzender

gez. Jahn
Beiratssprecher

gez. Lüerssen
Protokoll